



Energieminister vereinbaren verstärkte regionale Zusammenarbeit im Strombereich

Energieminister vereinbaren verstärkte regionale Zusammenarbeit im Strombereich
Nach dem heutigen Energierat haben die Energieminister der BeNeLux-Staaten, Frankreichs, Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Beisein von EU-Kommissar Günther Oettinger eine politische Erklärung zur weiteren Zusammenarbeit im sogenannten Pentalateralen Energieforum unterzeichnet.
Der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Stefan Kapferer: "Die Umstellung der Energieversorgung und der Ausbau der Erneuerbaren Energien stellt alle Mitgliedstaaten vor ähnliche Herausforderungen. Wir waren uns heute einig, dass es hohen Informations- und Abstimmungsbedarf mit Blick auf die europäische Marktintegration und die Versorgungssicherheit gibt. Die enge Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit unseren westeuropäischen Nachbarn können wichtige Impulse für unsere nationalen energiepolitischen Entscheidungen geben und eine Abstimmung auf europäischer Ebene erleichtern. Daher haben wir vereinbart, die regionale Marktintegration zu stärken."
Während des Treffens bekräftigten die Energieminister, dass die regionale Kooperation im Pentalateralen Energieforum auf europäischer Ebene eine Vorreiterrolle spielt. Sie stellt ein wichtiges Element dar, um Strommärkte, Wettbewerbsfähigkeit und Verbraucherinteressen näher zusammenzubringen und eine nachhaltige und zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten.
Das Pentalaterale Energieforum ist eine seit 2005 bestehende regionale Initiative, in der Deutschland mit Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich im Strombereich zusammenarbeitet. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und der Schweiz als Beobachter fördert das Pentalaterale Energieforum die Kooperation der Marktbeteiligten und der politischen Entscheidungsträger mit dem Ziel, einen regionalen Strommarkt als Schritt zu einem europaweiten Strombinnenmarkt umzusetzen. Die heutige Erklärung setzt neue Schwerpunkte für die Zusammenarbeit.
Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an:
Pressestelle des BMWi
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe